

Konzeption zur Konsolidierung des Haushaltes der Gemeinde Reddelich

Präambel

Die Gemeinde Reddelich kämpft seit mehreren Jahren mit Haushaltsproblemen. Es gelang ihr nicht, ausgeglichene Haushaltspläne aufzustellen. Dies wird sich, nach derzeitiger Lage der Dinge, auch in Zukunft schwierig gestalten. Das hat verschiedenen Ursachen, die an dieser Stelle analysiert werden. Auch werden in dieser Konzeption Auswege aus dieser Lage aufgeführt.

Zur gegenwärtigen Ausgangslage gehört auch die Tatsache, dass die Gemeinde Reddelich auf den überwiegenden Teil ihres Haushalts keinerlei Einfluss hat. Dieser Teil resultiert aus gesetzlichen Vorgaben zur Finanzierung des Landkreises, der Amtsverwaltung und der Kinderbetreuung. So liegen die geplanten Ausgaben 2019 für Kinder- und Jugendbetreuung bei rund 217 TEURO (TE). Bei der Festsetzung der Kinderbetreuungskosten werden die Kommunen nicht einmal angehört. Der größte Posten ist, nach wie vor, die Kreisumlage. Haben wir uns zu Beginn der Legislatur noch über 260 TE Kreisumlage echauffiert, benötigt der, durch Reformen auf Effizienz getrimmte, Landkreis 2019 stolze 330 TE. Gefragt werden wir auch bei diesem Haushaltsposten nicht. Die 131 TE Amtsumlage muten da schon fast bescheiden an. Diesen Haushaltsposten segnen wir zwar im Amtsausschuss mit ab, eine wirkliche Wahl haben dabei weder die Gemeinden noch die Kämmerei.

Die Vergangenheit hat deutlich aufgezeigt, dass diese Summen genauso wenig planbar sind wie externe Zuweisungen auf der Habenseite unseres Haushaltes. Diese Zuweisungen sind wiederum den Löwenanteil der Einnahmen. Für uns also eine Rechnung mit vielen Unbekannten. Es bleibt die Hoffnung, dass Kreis-, Land- und Bundestag eines Tages dem Beispiel der Gemeinde Reddelich folgen und verantwortungsvoll, umsichtig und sparsam in ihrer Haushaltsplanung werden.

Für Reddelich bedeutet das jedoch keinesfalls Resignation oder Fatalismus. Mit dem verbleibenden Handlungsspielraum wird die Gemeinde auch künftig sorg- und sparsam umgehen. Dazu wurden in der Vergangenheit bereits große Anstrengungen unternommen, die bereits erste Früchte tragen. Die Details werden nachfolgend dargestellt. Dabei wird viel mit cirka Werten und relativen Bezügen gearbeitet, was den verschiedenen, geforderten Rechenansätzen nach Haushaltsrecht geschuldet ist. Diese Vorgaben führen zu Abweichungen in den Ergebnissen. Details sind in der Haushaltssatzung und deren Anlagen genauestens aufgeführt.

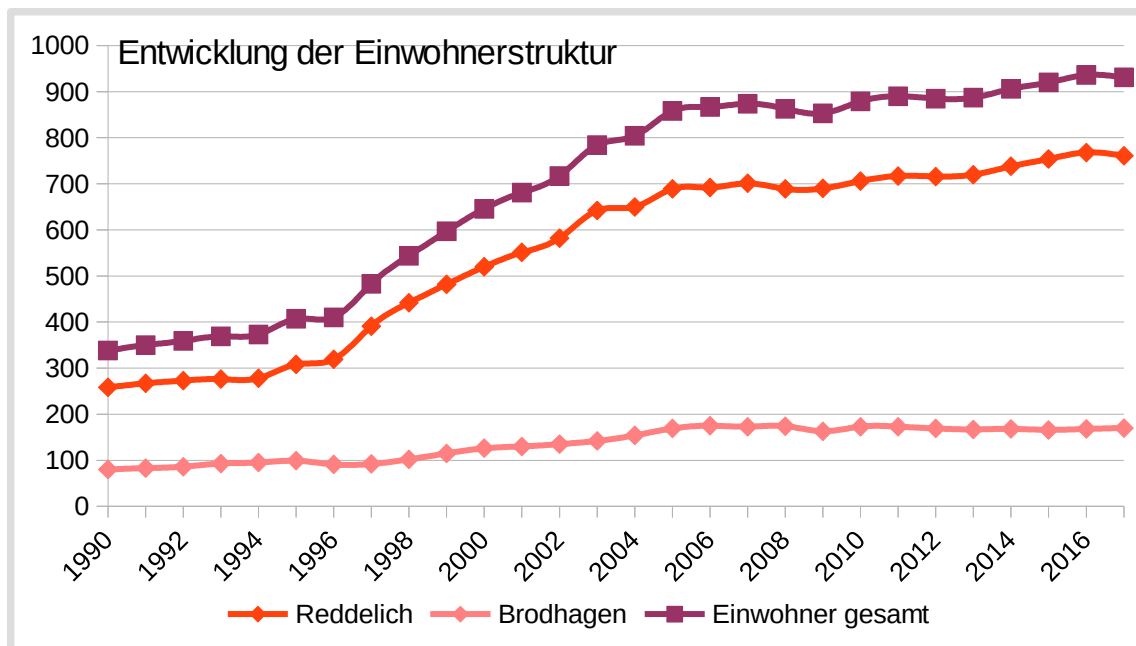
Gemeindepolitische Ausgangslage

Die amtierende Gemeindevertretung hat sich klare politische Positionen im Umgang mit den ihr anvertrauten öffentlichen Geldern erarbeitet. Diese finanzpolitischen Handlungsrichtlinien, die öffentlich kommuniziert wurden lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Die Gemeindevertretung wird sich auch künftig auf ihre Kernkompetenzen beschränken, wie Bauleitplanung, Ausbau und Unterhaltung der öffentlichen Infrastruktur, Haushaltsplanung, Satzungsrecht sowie Brand- und Katastrophenschutz. Dieses wird offensiv und mit der nötigen Dynamik angegangen.
- Finanzielle, freiwillige Leistungen werden auch künftig auf ein Minimum beschränkt bleiben. Diese sind durch ehrenamtliche Vereine und Organisationen effizienter und flexibler zu erbringen. Die Gemeinde wird Initiativen und Projekte im gemeinnützigen und sozialen Bereich administrativ und logistisch unterstützen.
- Die Gemeinde strebt keine eigenwirtschaftlichen Initiativen oder Projekte an. Ehrenamtliche Strukturen haben sich als ungeeignet zum Managen kommerzieller Projekte erwiesen. Die politischen Handlungsvorgaben werden sorgfältig erarbeitet, formuliert und kontrolliert.
- Die Gemeindevertretung wird ihre planerische Hoheit intensiv für qualifizierte politische Vorgaben nutzen.
- Die Gemeindevertretung bekennt sich zur FREIWILLIGEN FEUERWEHR REDDELICH. Diese nimmt die gesetzlichen Aufgaben der Gemeinde zum Brandschutz und der Katastrophenabwehr wahr. Ihre freiwilligen Leistungen zur Förderung gesellschaftlicher Integration hat auch die Feuerwehr in einen gemeinnützigen Feuerwehrverein ausgelagert.
- Die Gemeinde wird auch künftig die Nutzung ihrer Liegenschaften optimieren. Dabei werden wirtschaftliche und soziale Aspekte gleichrangig berücksichtigt.
- Die Infrastruktur der Gemeinde ist im Bestand zwar als zeitgemäß anzusehen, ist aber teilweise verschlissen und erneuerungsbedürftig. Investitionen für Projekte zur Bestandserweiterung stehen in absehbarer Zeit nicht an. Ziel im Umgang mit der Infrastruktur ist die permanente Optimierung und ihr Werterhalt. Der Gemeinde obliegt dabei die Koordination der externen Dienstleister sowie die Überprüfung der kommunalen Verträge auf ihre Wirtschaftlichkeit.
- Die Gemeindevertretung wird ihren Gestaltungsspielraum bei der Steuererhebung mit sehr viel Augenmaß einsetzen. Das Mandat der Wähler endet ganz klar bei der Nutzung der steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten zu Verschwendung und Missbrauch. Dies gilt auch bei der Finanzierung von umlagebasierten Gremien.

Bevölkerungsstruktur

Die Einwohner der Gemeinde sind die Basis jeglicher kommunaler Tätigkeit, so auch der Haushaltsplanung. Dort ist die Einwohnerzahl die wichtigste Größe zur Bestimmung von Kennzahlen kommunaler Finanzwirtschaft. Die Gemeinde Reddelich verfügt über eine erfreulich gesunde Altersstruktur der gegenwärtig 934 Einwohner. Mit 41,7 Jahren Altersdurchschnitt ist Reddelich die jüngste Gemeinde im Amtsbereich – wenn nicht sogar darüber hinaus. Im Amtsbereich und im Land M-V beträgt der Altersdurchschnitt 46,2 Jahre (Stand 2016).



Diese Struktur gereicht der Gemeinde aber nicht nur zum Vorteil. Der hohe Anteil an Kinder bedeutet auch ein überdurchschnittliches Maß an Betreuungskosten. Die Gemeinde Reddelich hat diese in der Vergangenheit zwar bereits auf das gesetzliche Mindestmaß reduziert, die derzeit gut 217.000 EURO für diese Haushaltsposten sind dennoch erheblich und machen rund 20 % unseres Haushalts aus.

Trotzdem möchte die Gemeinde diese kontinuierliche und nachhaltige Entwicklung der Bevölkerungsstruktur fortsetzen. Das Potenzial dazu ist vorhanden. Im Bereich Gewerbeansiedlung verfügt die Gemeinde über eigene Möglichkeiten. Bei Wohnungen ist die Nachfrage derzeit höher, als die Möglichkeiten. In diesem Bereich ist planerische Vorleistung der Gemeinde dringend geboten, um die Lücke in der Kontinuität der Entwicklung bei den Einwohnerzahlen nicht zu groß werden zu lassen. Augenmerk ist auf altersgerechte Wohnangebote zu legen, um einer Abwanderung der Senioren in die umliegenden Städte entgegenzuwirken.

Die Gemeinde wird sich dabei aber auf ihre Planungshoheit beschränken und damit den Weg bereiten für privatwirtschaftliche Investoren. Ambitionen zur Eigenwirtschaft bestehen auch zukünftig keine. Daher bleiben auch künftige Investitionen auf dem Gebiet überschaubar.

Infrastruktur

Das Gemeindeterritorium umfasst 913 Hektar und grenzt im Südosten, Südwesten und Westen an ausgedehnte Waldflächen. Die Bäche Winnebäk im Süden, Moelenbäk im Norden und das Bollhagener Fließ – wie die Moelenbäk in Brodhagen heißt – bilden ebenfalls natürliche Grenzen der Gemeindeflur. So erfreulich die 82 Meter Höhenunterschied für Touristen und Liebhaber interessanter Landschaften auch sind, Landwirte und Radfahrer sind nicht immer begeistert davon.

Neben einem Schienenstrang der DB-Regionalbahn, der das Gemeindeterritorium

mit Haltepunkt in Reddelich durchschneidet, verlaufen durch Reddelich und Brodhagen 3,3 Kilometer Bundes- und 1,2 Kilometer Kreisstraßen. In Trägerschaft der Gemeinde befinden sich rund 12 Kilometer gut ausgebauter Straßen, etwa 1,5 Kilometer Land- sowie 10 Kilometer Geh- und Radwege. Leider sind die Gemeindestraßen und -wege zum Teil in einem schlechten Zustand, was einen erhöhten Reparaturaufwand in den nächsten Jahren bedeutet.

Die oben genannten Bäche sind weitestgehend intakt. Größere Reparaturen stehen dort in absehbarer Zeit nicht an. Die laufende Bewirtschaftung liegt beim Wasser- und Bodenverband HELLBACH-CONVENTER NIEDERUNG, der seine Kosten auf die Gemeinden umlegt. Reddelich wiederum legt diese Kosten per Satzung auf die Grundstückseigentümer und wird mit den Verwaltungskosten dazu belastet. Die gesamten Entwässerungssysteme Unterflur hat die Gemeinde in die Trägerschaft des ZWECKVERBANDES KÜHLUNG übergeben. Dazu gehören auch drei Regenrückhalteteiche in Reddelich.

Der Bahnkörper mit Haltepunkt, die Bundes- und die Kreisstraße werden im Wesentlichen von den Baulastträgern bewirtschaftet. Lediglich die Straßenbeleuchtung und kleine Pflegearbeiten hat die Gemeinde dort vertraglich übernommen.

Ganz anders ist die Situation bei den gemeindeeigenen Straßen und Wegen. Dabei sind die Ausbaustufen weitestgehend zeitgemäß. Lediglich die ALTE DORFSTRASSE zwischen Bäcker und Ortsausgang könnte mittelfristig Kapazitätsprobleme bekommen, die Investitionen erforderlich machen. Dass die Gemeinde Reddelich mit rund 25 Kilometer ein überdurchschnittlich umfangreiches Wegenetz zu bewirtschaften hat ist historisch begründet. Mit dem Bau der Bahnstrecke Rostock-Wismar im Jahr 1883 wurde Reddelich zentraler Umschlagplatz für Personen und Güter in der Umgebung. Dazu wurden Wege als Direktverbindung mit den umliegenden Dörfern ausgebaut oder neu angelegt. An diesen etablierte sich über die Jahrzehnte eine weitläufige Wohnbebauung. Ein Übriges für einen überdurchschnittlichen Wegbestand brachte die Eingliederung des Straßendorfes Brodhagen in die Gemeinde im Jahr 1950. Dieser Ortsteil wartet mit einer großzügigen touristischen Erschließung auf. Diese außergewöhnliche Situation verschafft der Gemeinde heute zwar überdurchschnittliche Unterhaltungskosten für Straßen und Wege, lässt sich jedoch nicht revidieren. Das Potenzial zur Einziehung öffentlicher Wege ist bereits ausgeschöpft.

Der Zustand des Wegenetzes reicht von *sehr gut* bis *desolat*. Leider gilt das *sehr gut* nur für zwei Straßen. Der Radweg von Brodhagen nach Bad Doberan wurde 2015 komplett saniert. Die knapp 700 Meter der neuen, Glashäger Straße wurden 2008 auf Betreiben der DEUTSCHEN BUNDESBahn neu gebaut. Diese Straße wurde damals, gegen den Willen der Gemeinde, sehr großzügig projektiert und belastet den Gemeindehaushalt heute mit hohen Pflegekosten und Abschreibungen. Die rund 100.000 EURO derzeit durch die Gemeinde zu stemmenden Abschreibungen für Straßen und Wege resultieren zum Großteil daraus.

2015 hat die Gemeinde in einem Kraftakt begonnen einen, durch falsch verstandene Sparpolitik der Vergangenheit entstandenen, Reparaturrückstau aufzulösen. Nun gilt es, das Wegenetz der Gemeinde planmäßig instandzuhalten und zu sanieren. Dazu ist in den Folgejahren ein Aufwand von 50.000 EURO für den Unterhalt – ohne Winterdienst und Pflege der Bankette – realistisch. Auf dieser

Basis kann das Wegenetz der Gemeinde viele Jahre auf akzeptablem Niveau unterhalten werden. Die Pflege der Bankette und Straßengräben werden auch weiterhin vom Amtsbauhof getätigt. Der Winterdienst ist mit einem Privatunternehmer vertraglich abgesichert. Die Aufwendungen dazu waren in den letzten Jahren relativ konstant und werden so auch weiter anfallen.

2016 wurde die gesamte Straßenbeleuchtung der Gemeinde auf LED-Technologie umgestellt. Dazu liegen nun die ersten Verbrauchsabrechnungen vor. Die prognostizierten Einsparungen von ca. 75 Prozent werden deutlich übertroffen. In 2019 werden die Betonmasten aus den 1970er Jahren systematisch ausgewechselt.

Die 2013 abgeschlossene Erweiterung des Kommunikationsnetzes auf Internet-Breitbandversorgung wurde von der Telekom leider nur bis zu den Ortsknoten betrieben. Damals brachte die Investition, an der sich die Gemeinde finanziell beteiligte, einen deutlichen Fortschritt. Dieser wurde von der Zeit eingeholt und die Gemeinde gilt heute als unterversorgt mit "schnellem Internet". Für die 2. Ausbaustufe, von den Ortsknoten zu den Endverbrauchern, läuft ein Förderprogramm im Landkreis mit ungewissem Ausgang. Ein für die Gemeinde kostenfreies Projekt zur Verlegung von Glasfasern bis in die Haushalte wird derzeit von der DEUTSCHEN GLASFASER betrieben.

Die Versorgung der Bürger der Gemeinde mit Strom, Gas und Telekommunikation wird auch weiterhin durch die Vergabe von Konzessionen an private Unternehmen gewährleistet. Dabei wird der Markt für den Wert der Konzessionen genau beobachtet und die Verträge entsprechend angepasst.

Liegenschaften

Die Gemeinde Reddelich arbeitet auch zukünftig permanent an der Optimierung ihrer Liegenschaftsbewirtschaftung. Es kristallisieren sich folgende Schwerpunkte heraus:

An baureifes Land befinden sich derzeit noch rund 2,5 Hektar Bauland im Reddelicher Gewerbegebiet in Gemeindebesitz. Diese Flächen werden öffentlich zu Marktpreisen zum Verkauf oder zur langfristigen Verpachtung angeboten. Dort liegen auch die Reservate für neue Kita- und Feuerwehrstandorte. Beide derzeitigen Standorte sind nicht mehr zeitgemäß. Die Privatisierungserlöse aus den Grundstücksverkäufen werden für Investitionen und zur Tilgung von Alt-krediten eingesetzt. Diese kontinuierlichen Einnahmen verschaffen uns derzeit Flexibilität im Haushalt, trotz strukturellem Defizit.

Die landwirtschaftliche Nutzfläche im Gemeindebesitz ist langfristig verpachtet. Die Pachtverträge wurden und werden zu marktüblichen Konditionen abgeschlossen und bringen der Gemeinde rund 6.500 EURO im Jahr ein. Ein Verkauf ist wenig ratsam. Die Gemeinde würde damit ein Instrument zur Wirtschaftssteuerung und Gestaltungsmöglichkeiten zukünftiger Flächennutzung verlieren. Die möglichen Erlöse wären auch zu gering für eine Lösung struktureller Haushaltsprobleme.

Der Immobilienbesitz der Gemeinde ist durch Privatisierungen in der Vergangenheit bereits stark geschrumpft. In Gemeindebesitz befinden sich derzeit noch:

- Die Mehrfamilienhäuser zu je vier Wohneinheiten in Reddelich und Brodhagen. Diese werden privatwirtschaftlich verwaltet. Modernisierungen und Reparaturen sind auf aktuellem Stand, nennenswerte Ausgaben dazu sind nicht ersichtlich. Altkredite sind dort keine vorhanden. Künftig plant die Gemeinde jährliche Überschüsse von rund 20.000 EURO ein. Die Gemeinde möchte die Wohnblocks aus DDR-Zeiten als strategische Reserve behalten. Eine ökonomische Notwendigkeit zur Privatisierung ist nicht ersichtlich.
- Das Kita-Gebäude ist langfristig an den Träger vermietet. Die Konditionen entsprechen dem Marktüblichen. Allerdings entspricht das Gebäude nicht mehr den Anforderungen einer Kita und bedarf einer Kapazitätserweiterung. Dies ist am jetzigen Standort ökonomisch nicht Sinnvoll. Die Gemeinde strebt, im Einvernehmen mit dem Träger der jetzigen Einrichtung, eine Standortverlegung in das Gewerbegebiet an. Zur Durchsetzung dieser demokratisch getroffenen Entscheidung ließ sich ein Rechtsstreit mit dem Landkreis nicht vermeiden. Das Kostenrisiko dafür wurde mit 3.500 EURO beziffert.
- Das Feuerwehrgebäude entspricht nicht mehr den gesetzlichen Anforderungen an ein solches. Die Gemeinde betreibt gegenwärtig die Standortverlegung in das Gewerbegebiet. Die Investition ist nach jetzigem Stand fast vollständig durch die Gemeinde zu stemmen. Eine Neukreditaufnahme dazu wohl unumgänglich. Brand- und Katastrophenschutz ist eine gesetzliche Pflichtaufgabe der Kommunen. Die Erledigung durch eine Freiwillige Feuerwehr ist die kostengünstigste Variante. Die erforderliche Infrastruktur hat die Gemeinde vorzuhalten.
- Das Gemeindehaus wurde neu errichtet und 2018 eingeweiht. Damit besitzt die Gemeinde ein modernes Gebäude als gesellschaftliches Zentrum zur Durchführung von Wahlen, Versammlungen, Vereinsaktivitäten u.v.a. Die Bewirtschaftung hat ein privates Unternehmen übernommen. Auf Basis einer beschlossenen Nutzungsverordnung werden dort auch Einnahmen generiert.
- Der Gemeindebauhof wird komplett vom Amtsbauhof bewirtschaftet. Die Gebäude sind eine Kombination aus Standardcontainern, Schleppdach und ein in Eigenleistung angebauter Sozialtrakt. Das Grundstück ist für die gegenwärtigen Anforderungen zu klein. Es sollte eingezäunt und Abstellplatz für Technik geschaffen werden. Dazu sind in den nächsten Jahren Aufwendungen notwendig.

Feuerwehr

Die gesetzlichen Aufgaben für den Brand und Katastrophenschutz werden in der Gemeinde seit 1881 durch eine Freiwillige Feuerwehr erfüllt. Das Budget von unter 30.000 EURO fällt im regionalen Vergleich eher bescheiden aus. Die materiell technische Basis erfüllt die gesetzlichen Mindeststandards – mehr nicht.

Das Feuerwehrgebäude erfüllt derzeit nicht einmal die gesetzlichen Mindestanforderungen Die Bausubstanz ist teilweise mehr als 100 Jahre alt und entsprechend verschlissen. Jüngere Anbauten entsprechen nicht mehr den Normen für Feuerwehren. Hinzu kommt, dass der jetzige Standort baurechtlich nicht erweiterbar ist.

Im Ergebnis von Beratungen der Gemeindegremien, unter Einbeziehung des Kreisfeuerwehrverbandes, steht die Empfehlung, ein neues Feuerwehrgebäude im Gewerbegebiet zu errichten. Dazu laufen derzeit die Planungen für die Baugenehmigung.

(siehe Absatz "Liegenschaften")

Steuern und Abgaben

Eine Erhöhung der Hebesätze ist derzeit, aus verschiedenen Gründen, in der Gemeinde Reddelich politisch nicht durchsetzbar.

Zur nachhaltigen Verbesserung der Steuersituation hat die Gemeinde 2013 eine Zweitwohnungssteuer eingeführt.

Nebenstehende Tabelle zeigt, dass Reddelichs steuerliche Hebesätze im Durchschnitt der Region liegen. Für die kreisangehörigen Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern werden vorläufige Durchschnittshebesätze in Höhe von 286 % (A), 365 % (B) und 330 % (G) angegeben. Eine zukünftige Anhebung der Hebesätze auf das Niveau des Landesdurchschnitts möchte die Gemeinde Reddelich nicht ausschließen. Auch einer Vereinheitlichung der Hebesätze im Amtsbereich wird die Gemeinde sich nicht verschließen.

	Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbsteuer
Bad Doberan	241	340	370
Bargeshagen	255	355	300
Hohenfelde	250	325	300
Kröpelin	210	310	290
Kühlungsborn	200	350	300
Nienhagen	200	300	300
Parkentin	255	360	350
Reddelich	250	350	300
Rethwisch	275	325	300
Retschow	250	320	380
Steffenshagen	250	325	325
Wittenbeck	200	300	200
Durchschnitt	236,3	330,0	309,6

Kreditentwicklung

Die Gemeinde hat derzeit Altkredite in Höhe von 1,7 Mio. EURO im Bestand. Das entspricht einer Verschuldung von rund 1.800 EURO je Einwohner. Damit liegt Reddelich rund 5 % über dem deutschlandweiten Durchschnitt bei den Kommunen von 1.709 Euro je Einwohner. Bei einem Eigenkapital von rund 3,3 Mio. EURO ist die Gemeinde von einer Überschuldung jedoch weit entfernt.

Die Gemeinde hat keinen Kassenkreditüberhang und plant vorerst auch keine Kassenkredite. Die Altkredite werden planmäßig bedient und getilgt. Dazu muss die Gemeinde jährlich rund 42.000 EURO Zinsen und rund 35.000 EURO Tilgung aufbringen. Sondererlöse aus Grundstücksverkäufen werden auch zur Kredittilgung verwendet. Staatliche Hilfe zur Entschuldung ist derzeit nicht in Sicht.

Die Aufnahme von Neukrediten wird sich, nach jetzigem Stand, nicht umgehen lassen. Der geplante und dringend gebotene Neubau eines Feuerwehrgebäudes ist aus dem Haushalt heraus nicht zu finanzieren. Das derzeitig historisch niedrige Zinsniveau ist auch ein Argument, das Projekt schnellstmöglich zu realisieren.

Fazit

Durch sparsames und effizientes Wirtschaften sowie Sondererlöse aus Grundstücksverkäufen wurden die geplanten Kassenkredite in den vergangenen Jahren seit 2014 nicht in Anspruch genommen. Nichts deutet darauf hin, dass dieses Phänomen nicht auch in den nächsten Jahren auftritt. Trotzdem lässt sich ein ausgeglichener Haushalt für die Gemeinde Reddelich in naher Zukunft mit seriösen Annahmen nicht darstellen. Zu sehr haben sich die gesetzlich vorgegebenen Prioritäten in Richtung sekundärer Aufgaben wie Verwaltung und Sozialleistungen verschoben. Für die Erfüllung kommunaler Basisaufgaben wie Unterhaltung und Anpassung von Infrastruktur, Brand- und Katastrophenschutz, Liegenschaftspflege oder Bauleitplanung ist Reddelich strukturell benachteiligt. Letztlich wird der Reddelicher Haushalt auch durch Kredite belastet, die aus Fehlentscheidungen resultieren, die vor einem viertel Jahrhundert getroffen wurden.

Diese Dissonanzen lassen sich kurzfristig nicht ausräumen. Das Mögliche dazu wurde in der Vergangenheit bereits getan. Die freiwilligen Leistungen der Gemeinde wurden bereits, bis auf einen marginalen Rest, heruntergefahren. Zu kurz gedachte Sparmaßnahmen der Vergangenheit reichen uns heute zum Nachteil. So fehlen der Gemeinde nun Bestandsgrundstücke, auf denen ein Kita- und Feuerwehrgebäude neubau förderfähig sind. Auch steigen Baupreise seit einigen Jahren genauso überproportional, wie der Verwaltungsaufwand dazu.

Kurzfristig bleibt abzuwarten, ob die angekündigten Hilfen für Kommunen durch die Bundesregierung den verbalen Bereich verlassen und auch für Reddelich haushaltsrelevant werden. Eine wichtige Erkenntnis zur Haushaltsentwicklung lautet: Probleme bei den Kernaufgaben der Gemeinde lassen sich nicht aussitzen oder gar wegsparen.